

Gewerkschafter/innen

gegen Atomenergie und Krieg



KONTAKT: Stiftgasse 8, A-1070 Wien
E-mail: ggae@gmx.at
www.atomgegner.at

Nr. 3, Sept. 2010

Arbeit

Arbeit als Teil menschlicher Selbstverwirklichung

Formen von Arbeit in der Frühzeit der menschlichen Entwicklung ergaben sich primär aus der Notwendigkeit von Tätigkeiten, die das Leben zu erhalten hatten. Das einzelne Individuum fand Schutz innerhalb einer Gruppe, in der es wahrscheinlich zu arbeitsteiligen Prozessen kam, bzw. zu gemeinsamen Unternehmungen, etwa um ein größeres Tier zu jagen oder Lasten zu bewegen. Alle Tätigkeiten waren zielbezogen auf den Lebenserhalt, das heißt, es wurde produziert, was man brauchte. Das Entdecken der rund um die Gruppe vorhandenen Dinge in der Natur, der mit Ehrfurcht begegnet wurde, und deren sinnvolle Verwendung war gleichermaßen auch ein kreativer Prozess, der der Einordnung des Vorgefundenen in das Leben der Gemeinschaft und des Einzelnen diente. Die Tatsache, dass jeder Mensch die eine oder andere

Fähigkeit besser ausgebildet hat als ein anderer Mensch wird sicher auch in der Frühzeit schon zu arbeitsteiligem Handeln geführt haben: Herstellung von Werkzeugen, Aufspüren von Wild, Leitung der Jagd, Erzeugung von Kleidung usw. Inwiefern Begabungen auf einem Gebiet Vorrangstellungen Einzelner innerhalb der Gruppe erzeugten, bleibt der Spekulation vorbehalten. Es ist fraglich, ob Rückschlüsse von heute (weiße Götter, Vorstandsdirektoren u.ä.) auf damals gezogen werden können. Ob „Spezialisten“ durch ihre Tätigkeit „reicher“ als andere Mitglieder der Gemeinschaft geworden sind und man deshalb nicht mehr aufeinander angewiesen war, ist nicht nachweisbar, könnte aber möglicherweise mit ein Grund für die Spaltung der Gesellschaft sein, die heute besonders zum Tragen kommt.

Arbeit zweckentfremdet zur Profitmaximierung

Die vorhergehende, zum Teil sicher idealisierende Darstellung ist aus heutiger Sicht und der dazwischen liegenden Entwicklung möglicherweise für immer verloren gegangen, wiewohl die Lust am Entdecken und Entwickeln von Vorgefundenem nach wie vor ein starkes Motiv von Menschen für ihre Tätigkeiten ist, unabhängig von Entlohnung und Profit. Tatsache ist allerdings, dass mit dem Ende des Tauschhandels und mit der Notwendigkeit, Dinge, die man

braucht, mit Geld zu bezahlen, sowie mit der Auflösung der Gruppenstruktur als gesellschaftlicher Kategorie und der damit verbundenen Isolierung des einzelnen Menschen Arbeit, die noch dazu mit der Existenzsicherung untrennbar verbunden scheint, zu einer Last, ja manchmal zu einer Qual geworden ist. Herzinfarkt, psychische Erkrankungen, Tod sind häufig Folgen des Drucks dem arbeitende Menschen auf ihrem Arbeitsplatz ausgesetzt sind. Dazu kommt, dass der

arbeitsteilige Prozess zu einer Konzentration von einzelnen Arbeitsfeldern in gewissen Regionen, Städten, Bezirken geführt hat und, damit verbunden, eine hohe Mobilität jener bedingt, die Fähigkeiten für bestimmte Tätigkeiten haben und also unter Umständen weite Wege auf sich nehmen müssen, um durch ihre Tätigkeit jenes Geld zu verdienen, das sie zum Lebensunterhalt benötigen. Gefragt sind nicht mehr Selbstverwirklichung, Selbstbestimmung und Zusammenarbeit in der Gruppe, wo einer den anderen achtet und fördert, sondern der Einzelne ist eine austauschbare Nummer, ein Kostenfaktor ohne menschlichen Wert. Er wird eliminiert, wenn es der Profit erfordert. Von einer Wertschätzung der Talente und Fähigkeiten des Einzelnen und dafür, was er für die Gemeinschaft dadurch zu leisten imstande ist, kann keine Rede mehr sein. Jene, die auf Grund ihrer Herkunft, ihrer ererbten Güter, zum Teil auch auf Grund ihrer unternehmerischen Fähigkeiten in der Lage sind, große Geldmengen an sich zu

ziehen, haben es in diesem System auch in der Hand, maßgeblich zu bestimmen, was, wann und wo produziert wird. Dazu kommt hier jene Problematik, dass Güter produziert werden, für die erst ein Bedarf durch Werbung geweckt werden muss und die den Profit der Unternehmer erhöhen, ohne dass diese Güter für die Gesellschaft und den Einzelnen notwendig und sinnvoll sind. Früher war etwas ökonomisch, wenn es lange hielt, heute ist etwas ökonomisch, wenn es schneller hin wird, denn dann machen die Unternehmer mehr und schneller Profit. Die Notwendigkeit für die Masse der Menschen unter diesen Bedingungen Geld verdienen zu müssen, bedingt einen Verlust der ursprünglichen Schaffensfreude und Schöpfungskraft. Von den zu großem Geldbesitz Aufgestiegenen werden, um die Gewinne zu erhöhen, Schulterschlüsse mit anderen Geldbesitzern hergestellt: Entstehung der Konzerne, die inzwischen allmächtig sind und über Länder und Kontinente nach ihrem Willen verfügen können.

Arbeit als Existenzsicherung

Die Macht der Konzerne und der Geldmengen ist inzwischen soweit gediehen, dass alle sozialen Errungenschaften, die zum Schutz der Einzelnen erkämpft wurden, in Frage gestellt sind. Der Mangel an Arbeitsplätzen erhöht den Druck auf den Einzelnen, der eine menschenwürdige Existenz nur bestreiten kann, wenn er Arbeit hat. Dafür nehmen Viele viel in Kauf, setzen sich entwürdigenden Bedingungen aus, arbeiten für geringen Lohn, vegetieren unter dem Existenzminimum und werden so gezwungen, alles zu tun, um ihre Arbeit behalten zu können (Mobbing) usw. Produktion dient allein dem Zwecke der Profitmaximierung. Der Mensch überlebt an sich eher in Gruppen und in Gemeinschaften. Im gegenwärtigen System wird er zur Maschine degradiert: Nicht mehr nachdenken über seine Arbeit; nicht mehr wissen, wofür er

arbeitet; alles annehmen, um überleben zu können; mehr arbeiten und weniger Kommunikation; Fähigkeiten werden durch den Druck, der auf dem Einzelnen lastet, verschüttet. Die Lebensqualität sinkt in Folge der mangelnden sozialen Kommunikation drastisch. Es wird alles getan, um höchsten Profit mit Einsatz möglichst geringer Mittel zu erreichen: Einsatz von maschinellen Fertigungstechniken, Einstellung von immer weniger Beschäftigten für die gleiche Menge an Arbeit. Ja, man hat den Eindruck, dass das Ziel der Unternehmer ist, das Tagelöhnertum des Altertums für die arbeitende Klasse wieder aufleben zu lassen: uneingeschränkte Verfügbarkeit, wann der Unternehmer es will, geringer Lohn, Almosen, wenn es gar nicht mehr geht, keine Versicherung, Die große Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse ist im Augenblick ein Riesenschritt in diese Richtung. Gemeinsame Anstrengungen zu

einer Weiterentwicklung der Menschheit treten in den Hintergrund vor dem Profit der Konzerne und Spekulanten. Der Einzelne kann seine Tätigkeit schwerlich mehr als einen Teil solcher gemeinsamer Anstrengungen sehen. Gewerkschaften, Arbeiterkammer, Kirchen sind als wichtige Schutzmechanismen geschaffen worden, werden aber durch die Geldmacht stark beschränkt und können ihre Schutzfunktionen nur mehr teilweise ausüben, können den ungeheuren Druck, der auf den Einzelnen durch die Profitmaximierung gelegt wird, kaum mildern. Regierungen und Parteien sind oft selber Teil der Geldmaschinerie. Von dieser in Dienst genommen, können sie

kaum kosmetische Korrekturen am Arbeitsmarkt durchführen. Die Unternehmer lassen die Lasten den Staat und den Lohnsteuerzahler tragen und verlangen zudem noch zusätzliche Geldgeschenke für fast alles, was sie tun. Sie rufen nach Fachkräften und tragen selbst nichts zu deren Ausbildung und Bildung bei. Sie stellen zum Beispiel keine Lehrlinge ein. Der Staat bildet über das AMS Lehrlinge aus. Kostenpunkt pro Jahr 200 Millionen Euro. Bezahlt vom Lohnsteuerzahler! Der Geldfluss geht immer nur in eine Richtung, eine Änderung dieser Richtung wird immer wieder mit aller Macht unterbunden.

Arbeit als Grundrecht

Geldkraft und Arbeitskraft sind zur Zeit nicht gleichberechtigt. Die Geldkraft oder Geldmacht oder das Kapital bestimmen, was geschieht. Die arbeitenden Menschen erwirtschaften alles und bezahlen alles, können aber nur zu einem verschwindend geringen Teil darüber mitbestimmen, was produziert wird und zu welchen Bedingungen. Solange Arbeit zur Existenzsicherung notwendig ist und die Geldmacht einen so starken Überhang hat, wie heute, ist es notwendig, dass das Gemeinwesen dafür sorgt, dass der Einzelne die Möglichkeit für einen Arbeitsplatz hat, damit er seine Existenz sichern kann. Wenn wir aber Arbeit brauchen, um unsere Existenz sichern zu können, dann brauchen wir auch Arbeit, dann können wir auch

verlangen, dass das Gemeinwesen durch eine Politik des Ausgleichs für Arbeitsplätze sorgt. Solange der Kapitalismus in der Nachkriegszeit restauriert wurde, gab es Vollbeschäftigung. Kaum hatte er sich erholt, war es mit der Vollbeschäftigung zu Ende. Jetzt wird nur mehr Profit gesichert. Auf wessen Kosten? Auf Kosten der Arbeitnehmer. Zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist es sinnvoll, die Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich zu verkürzen. Das wäre nur ein kleiner Schritt, ist aber ebenso wie alle derzeitigen Maßnahmen des Gemeinwesens nur Scheinkosmetik, denn das System lässt keine wirklichen Veränderungen zu, da für die Mächtigen eine Systemänderung ein Machtverlust und Profiteinbußen bedeutet.

Arbeit als Beitrag zur menschlichen Weiterentwicklung

Es ist längst genug für ein menschenwürdiges Leben aller da! Es müssten heute und vor allem in Zukunft nicht mehr alle so viel arbeiten um leben zu können. Erst wenn die Zieloptik für die Zukunft der menschlichen Familie geändert wird, in Richtung auf eine positive Zukunft aller Menschen und nicht nur auf das Wohl Einzelner hin, erst wenn nicht mehr nur einige Wenige sich den großen Kuchen nehmen und den Anderen nur die Brosamen übrig bleiben,

erst dann wird es auch möglich sein, Arbeit und Existenzsicherung zu entkoppeln. Denn dann braucht nicht jeder bis zu lebensbedrohender Anstrengung für sich allein selber zu sorgen, sondern in gemeinsamer Anstrengung wird das produziert, was alle brauchen, von denen, die dazu in der Lage sind. Die Versorgung lebensnotwendiger Güter, der Zugang zu medizinischer Betreuung und Bildung ist dann nicht mehr abhängig vom Wohlwollen der Reichen oder vom Geld, das ich habe,

sondern ein alltägliches Gut, weil ich Mensch bin. Dann kann Arbeit wieder mehr ein Teil menschlicher Selbstverwirklichung werden, nicht von oben dirigiert, sondern als freier, selbst gewählter Beitrag zum Gemeinwesen, und dazu beitragen den Weg der Menschheit in die Zukunft zu bereiten. Vielleicht wäre es dann möglich, die

katastrophale Ressourcenvernichtung durch die 3.000 größten Konzerne zu stoppen, die jährlich 1,7 Billionen Euro ausmacht in Bezug auf die Verschmutzung von Luft und Wasser und das Aussterben von Arten. Das Kapital der Welt wird in großem Stil vernichtet. Und wer bezahlt den ganzen Wahnsinn? Die arbeitenden Menschen!

Neuansätze

Im Übergang zu einem neuen Arbeitsverständnis können schon Arbeitszeitverkürzungen bei vollem Lohnausgleich oder Abbau von Überstunden zur Schaffung neuer Arbeitsplätze sinnvoll sein und einen Weg für die Zukunft bahnen.

Kraft entsprechen und Freude machen, ohne Geldzwang und Stress. Es ist einfach nicht wahr, wie immer behauptet wird, dass nicht genug Mittel vorhanden sind, um jedem Menschen seine Existenz zu ermöglichen.

Als Zwischenglied zu einer Gesellschaft ohne Geld ist sicher der Vorschlag für ein Grundgehalt ohne Arbeit zu sehen. Es handelt sich hier um einen Grundstock an Geld, auch unter dem Namen Mindestsicherung bekannt, mit dem man so recht und schlecht existieren kann. Dieser Lösungsansatz wird immer als arbeitsloses Einkommen verunglimpft und als soziale Hängematte. Das Gegenteil ist der Fall, durch die bedarfsorientierte Mindestsicherung entsteht noch mehr Druck auf die Menschen, die auf diese Lebensmöglichkeit angewiesen sind. Ein arbeitsloses Einkommen haben doch nur die Spekulanten, die ohnehin genug Geld haben und nichts tun müssen, weil sich ihr Geld von selbst vermehrt, ohne ihr Zutun. Natürlich ist es möglich, dass eine Anzahl von Menschen nicht in der Lage ist, zusätzlich zur Grundsicherung Geld dazu zu verdienen. Dazu gibt es ein Gemeinwesen, das dafür zu sorgen hat, dass alle Menschen menschenwürdig existieren können. Der allergrößte Teil hat aber sowieso die Möglichkeit durch Arbeit seine Finanzen so aufzustocken, wie er es für sein Leben gut hält, bzw. braucht. Dieses System würde sehr viele neue Arbeitsplätze schaffen, da niemand mehr Vollzeit arbeiten müsste, der nicht will und wer Zeit für Tätigkeiten verwenden will, die seiner schöpferischen

Individueller Lebensarbeitsplan: Dieses Modell, das durchaus unausgegoren erscheint und das wir vorgefunden haben, stellen wir hier ebenfalls zur Diskussion. Es ist nur vorstellbar auf Basis einer Entkoppelung von Arbeit und Existenzsicherung und auf Basis einer Grundsicherung. Das Modell: Wenn zu viele Menschen ähnliche Ausbildungen haben, wie derzeit in unserer Gesellschaft, viele Berufsanfänger wählen unter 250 Berufsmöglichkeiten nur zwischen dreien aus, wäre gefragt, dass sich die Menschen ihren speziellen Neigungen, Interessen, ihrem speziellen Können zuwenden und dieses vervollkommen. Zusammen mit übergeordneten Erhebungen über ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle, politische Notwendigkeiten in einer Region, Land, EU, Kontinent kann eine gewünschte Gesamtleistung für den Bereich ermittelt werden: BIP. Diese Gesamtleistung würde in „Anrechtszertifikate“ aufgeteilt und jeder Bewohner der Region hätte dazu Zugang. Er muss aber sein „Zertifikat“ nicht ausnützen, sondern er möchte vielleicht 3 Monate, ein halbes Jahr, ein Jahr tun, was er will. Dann „verkauft“ er sein Zertifikat an einen Menschen, der eine Zeit lang Halbzeit oder Vollzeit arbeiten will. Der Wert eines Zertifikates hängt vom bewerteten Erfolg der Einkommenschancen bzw. des Wertes der

Ausbildung ab. Wer auf sein Zertifikat verzichtet, achtet auf dessen Wert und wird es so „verkaufen“, dass er davon leben kann, ohne zu arbeiten. Da es nur Zertifikate entsprechend dem Gesamtplan für eine Region und ihre Entwicklung gibt, werden eben nur so

viele Menschen so viel arbeiten, als es zur Weiterentwicklung braucht, alle haben ihr Auskommen, sind zufrieden und können ihre Fähigkeiten entfalten, sowie zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft beitragen.

Ausblick

Die derzeitige Situation ist ausbeuterisch. Menschen werden nur nach ihrer Arbeitskraft und ihrer „Leistungsfähigkeit“ beurteilt, und zwar von denen, die aus der Arbeitskraft Profit ziehen. Studienrichtungen, die nicht wirtschaftlich ausgerichtet sind, Menschen im Krankenstand, alte Menschen sind in den Augen der Profiteure nichts wert und eine Last für die Gesellschaft. Am besten wäre, es gäbe niemanden in dieser Hinsicht. Jedenfalls wird kein Geld aus dem Profit für Soziales herausgerückt

oder nur unter Protest, denn der „Standort“ sei gefährdet, wenn zuviel vom Profit abgegeben werden muss. Eine Änderung der Gesellschaft ist nötig, weil es Nöte gibt, Ängste gibt, Leid gibt. Die Erfahrung zeigt, dass mit gutem Willen und Appellen bei den Profiteuren nichts erreicht werden kann. Eine gemeinsame Anstrengung für eine gemeinsame Zukunft aller Menschen interessiert diese Leute, die die Macht in Händen haben, nicht. Es müssen Maßnahmen ergriffen werden, um diese Macht zu brechen!

Sparen für die Reichen

Die Krise ist vorbei! Die Krise geht weiter! „Aufschwung oder neuerlicher Crash?“ (Presse, 19.6.2010)

So und ähnlich lauten die Schlagzeilen auf den Wirtschaftsseiten der österreichischen Zeitungen sowohl im Bezug auf Europa als auch in Bezug auf die USA. Sicher ist, die Gewinne steigen jedenfalls weiter, die Arbeitslosigkeit sinkt nicht bzw. steigt auch weiter! Den großen Konzernen und Banken, den Milliardären, den Investoren geht es jedenfalls überall auf der Welt weiterhin und erst recht gut, haben sie doch in der Krise 100te Milliarden an „Unterstützung“ durch die Staaten, d.h. durch die Steuern der Menschen, erhalten, damit ihre Profite ungefährdet bleiben. Ihre Geschäfte blühen!

In einem der wichtigsten Börsenindex weltweit, dem S&P 500, indem die Aktien der 500 größten, börsennotierten US-amerikanischen Unternehmen aufgelistet sind, verzeichnen diese die höchsten Gewinne seit 16 Jahren. Die US Investmentbank JP Morgan z.B., die

drittgrößte Bank der Welt, hat ihren Gewinn im Jahr 2010 im 2. Quartal im Vergleich zum 1.Quartal um 77% auf 4,8 Milliarden Dollar gesteigert. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit weiterhin hoch – die offizielle Arbeitslosen-Rate in den USA beträgt 9,5 %, darin sind die Menschen nicht inkludiert, die die Suche nach einem Job aufgegeben haben, die tatsächliche Quote dürfte über 15% liegen! Seit Beginn der Wirtschaftskrise haben in den USA 8,5 Millionen Menschen ihre Arbeit verloren! (Presse, 23. Juli 2010)

Auch in Europa

...machen die größten Banken wieder Milliardengewinne. Die meisten europäischen Banken verdienen schon wieder ihr Geld mit Spekulation: „... das zeigen die Unternehmensergebnisse des ersten Quartals 2010. Egal ob Deutsche Bank oder die krisengeschüttelten Schweizer Großbanken USB oder Credit Suisse: Sie fahren wieder Milliardengewinne ein. Und zwar mit dem Investmentbanking, vor allem mit dem

Handel von Anleihen, Rohstoffen und Währungen.“ (Presse, 22.6.2010)... „Mit den Staatsanleihen von maroden Euroländern dürften sie zuletzt tolle Renditen erzielt haben – und zwar mit Hilfe der Steuerzahler“, sagte der deutsche Bankexperte Gerke, Präsident des Bayrischen Finanzzentrums. „Die Banken können sich bei der Notenbank Geld um ein Prozent holen und es beispielsweise in Griechenland für deutlich mehr Prozent anlegen - mit der Gewissheit, dass die Steuerzahler im Falle der Staatspleite einspringen würden, kritisierte Gerke im „Presse“ – Interview vom 22.6. 2010 weiter.

Doch all die Milliarden für die Banken, für die Aktionäre, haben für die Masse der Menschen nichts Gutes gebracht, im Gegenteil. Die Regierungen besorgen das Geschäft für die Superreichen, für die Profite des Kapitals und bürden der Masse der Menschen die Lasten auf!

Laut Medien droht eine neuerliche Rezession mit weiterer Arbeitslosigkeit, Steuer-, Tarif- u- Preiserhöhungen. Die Menschen müssen noch mehr sparen und haben weniger Geld zum Ausgeben. Das erhöht wiederum über die Wirtschaftsflaute die Arbeitslosigkeit, also wieder zahlt der Normalverbraucher die Zeche. Für Österreich z.B. wird für diesen Winter schon wieder ein Anstieg der Arbeitslosigkeit auf über 400 000 Menschen prognostiziert. In ganz Europa sind die Menschen in einem noch nie dagewesenen Ausmaß von den Folgen der Finanzkrise, von der Herrschaft des Finanzkapitals mit seiner ungeheuren Spekulation und Anhäufung eines in diesem Ausmaß noch nie dagewesenen Reichtums betroffen. (Siehe Artikel „Steuermilliarden für weitere Profite des Finanzkapitals...“ in unserer letzten Aussendung vom Juli 2010)

Die europäischen Regierungen sind nicht bereit, wirksame Gesetze zur Beschränkung, zur Eindämmung der Finanzspekulation zu erlassen. Stattdessen wählen Sie den Weg, die Masse der Bevölkerung aufs Äußerste zu belasten, mit weiteren Milliarden die

faulen = ungedeckten Kredite der Großbanken mit Steuermilliarden zu bezahlen und damit die Staatsschulden zu vergrößern. Es gibt Schätzungen, dass von den Wertanlagen der europäischen Banken jeder 4. Euro „faul“ ist, d.h. uneinbringbar. Bei der Kärntner Hypo Alpe Adria Bank, die schon 1,5 Milliarden aus unseren Steuergeldern erhielt, sagt deren Chef nun, dass noch weitere 1,4 Milliarden Schulden uneinbringbar sind u. weitere Kredite um 4 Milliarden im „Verdacht“ stehen, uneinbringbar zu sein. Selbst die EU- Behörden zweifeln an der Überlebensfähigkeit der Bank und schlagen vor, dass der „schlechte Teil“ der Bank in Konkurs gehen sollte. Das lehnt der Bankchef ab! Klar, Aktien - bzw. Anteilsinhaber würden Verluste erleiden! Der Steuerzahler, also wir, würde jedoch Milliarden sparen!

Den Menschen wird nun über Jahre das Sparen verordnet.

Bei uns präsentiert B. Felderer, der Chef des Staatsschuldenausschusses, seinen Expertenbericht. Da heißt es, dass Österreich, d.h. die Bevölkerung, wegen der großen Schulden, nun gleich dreizehn Jahre sparen müsse. (Presse, 10.Juli 2010)

Sparen sollten wir uns lieber die Milliarden für die Banken, für die Aktionäre!

1% der Superreichen in Österreich besitzen 27% des gesamten Geldvermögens im Lande.

Laut Weltbank haben z.B. 2009 die 500 größten Multis 52% des Weltbruttosozialprodukts kontrolliert, also aller in einem Jahr auf der Welt produzierten Reichtümer. (Jean Ziegler 11.8.2010) 94% dieser 500 größten Konzerne handeln mit spekulativen Finanzprodukten, weil diese ja Gewinne von 20%– 25% und mehr bringen können, viel mehr als die normalerweise zu erzielenden Aktiengewinne. Das heißt, all das Gerede von Politikern und Medien von dem „guten, braven Realkapital, das wir brauchen“ und dem „bösen Spekulationskapital“, das zumindest eingeschränkt werden sollte, ist Lug und

Trug. Wir sollen wieder einmal an die Reformierbarkeit des Systems glauben, wir sollen glauben, dass es verbesserbar ist.

Besser ist dieses System nur für das Kapital, für die Menschen wird es noch schlechter.

Mit der Lüge von der Trennung von gutem Realkapital und bösem Finanzkapital will man uns wieder einmal beruhigen, damit wir stillhalten und alles an Belastungen auf uns nehmen.

Über Spanien z.B., der viertgrößten Volkswirtschaft der Eurozone, kreist der Pleitegeier. Bei deutschen Banken ist der (Spanien Staat, Unternehmen und Privathaushalte) mit 200 Milliarden in der Kreide, bei Frankreich mit 250 Milliarden. Die Risikoauflagen für spanische Staatsanleihen steigen weiter, da die Investoren und andere Geldhaie hier wieder auf den nächsten Crash spekulieren. Sie schließen die schon bekannten Credit Default Swaps (CDS) ab, das sind Kreditausfallwetten. Und je stärker, gerade auch durch diese Spekulation, die Anleihenwerte dann bis hin zur Pleite sinken, umso größer ist der Gewinn der Investoren. Die Anleihen selbst werden dann, so wird erwartet, wiederum durch die Euro Milliarden der EU-Bürger wieder gestützt, sodass die Investoren ebenfalls wiederum mit Profiten aus den Anleihen rechnen können. Und Spaniens Regierung plant auch und nicht zuletzt auf Druck der EU und des IWF, wie überall in der EU, Sparpläne zu Lasten der Menschen, d.h. Steuererhöhungen, soziale Einschnitte, eingefrorene Renten, eine Lockerung des Kündigungsschutzes und eine Erhöhung des Pensionsalters.

Deutschland hat gerade ein 80 Milliarden Euro Sparpaket beschlossen, mit Einsparungen vor allem in Bereich Arbeit und Soziales, so z.B. Kürzungen beim Eltern- und Arbeitslosengeld. In allen EU-Ländern sind oder werden ähnliche Belastungspakete beschlossen. In Portugal herrscht Angst vor Staatsbankrott. Die Versicherungen auf portugiesische Kreditderivate steigen, die

portugiesischen Staatsanleihen fallen.

In Österreich werden die Belastungen nach den Wahlen in der Steiermark und Wien beschlossen; die Budgeterklärung wurde deshalb auf Dezember verschoben.

Spekulationen ohne Ende

Die zarten Versuche der Einschränkungen des Spekulationskapitals, wurden noch weiter abgeschwächt. Das dazu gerade beschlossene sog. Basel III Abkommen lautet, dass Banken nun das 33-fache ihres Kernkapitals als Kredite ausgeben dürfen, das 25-fache war geplant und das Abkommen tritt überhaupt erst 2018 in Kraft. Das heißt, hat eine Bank z.B. 100 Millionen Euro Kapital, darf sie weiterhin 3,3 Milliarden Euro herborgen! Ob das 33-fache oder das 25-fache, beides eine Augenauswischerei. Die Banken können mit Milliarden spekulieren, geht es schief, zahlen wir es und die Investoren bleiben bei ihren Gewinne.

Immer schon wollte man uns einreden: „Geht es den Unternehmen, den Konzernen, den Banken (= den Reichen) gut, dann geht es uns allen gut“. Und wir mögen ruhig sein und brav arbeiten, dann passt es für alle! Das hat nie gestimmt und heute wird es sichtbarer denn je. Die Reichen, überall in der Welt, werden immer reicher, die Masse der Bevölkerung wird immer mehr und mehr zur Kasse gebeten, sie hat weniger Lohn, weniger und unsichere Jobs, mehr Arbeitslosigkeit, sie verarmt.

Doch weiterhin will man uns glauben machen, dass es nur so geht. Das Kapital, die Kapitalisten drängen nach immer mehr Profit, sie werden sich nie freiwillig in Schranken weisen lassen und um des Profites willen auch die ganze Menschheit in Elend, Armut, Zerstörung und Krieg stürzen. Ein Prinzip ihrer Herrschaft ist: Die Gewinne werden privatisiert, die Verluste verstaatlicht –d.h. auf die Steuerzahler abgewälzt!!! Das dürfen, können wir nicht mehr hinnehmen.

Um mit Jean Ziegler zu sprechen: „Die Weltdiktatur des globalisierten Finanzkapitals ist der Feind aller Menschen... Die kannibalische

Weltordnung muss radikal bekämpft werden, und danach gestürzt werden.“

(Jean Ziegler – UNO Menschenrechtsrat)

Hunger und Tod durch das Finanzkapital

Wetten auf die Preisentwicklung von Agrarrohstoffen, d.h. Wetten auf die Lebensmittel der Menschen, sind Wetten die zum Hunger und Tod von Menschen führen!

Wie Milliarden Finanzspekulationen auf Nahrungsmittel „made in USA“ lassen seit 2008 den Hunger in der Welt wieder ansteigen und es sterben wieder mehr Menschen an seinen Folgen.

In den letzten 5 Jahren haben sich die Preise für bestimmte Nahrungsmittel drastisch erhöht, aber nicht, weil nicht genug Nahrungsmittel da waren. Milch, Brot, Fleisch wurden teurer, die Preise stiegen seit 2005 um 80%. In ca. 30 Ländern gab es Hungeraufstände, weil die Menschen ihr Essen nicht mehr bezahlen konnten.

Im Jahr 2008 explodierten die Getreidepreise trotz einer Rekordernte, und mehr als 250 Millionen Menschen weltweit (darunter übrigens auch fast 50 Millionen Amerikaner) mussten in diesem Jahr plötzlich erleben, was Hunger ist - so viele wie nie zuvor in der Geschichte. Erstmals seit Jahrzehnten sank die Zahl der Hungernden weltweit nicht, sondern sie stieg an und zwar auf mehr als eine Milliarde Menschen.

Bis 1991 hatten die großen Wall Street Banken schon fast alle Möglichkeiten, die für Finanzspekulationen in Frage kommen, ausgeschöpft. Damals kam nun die Investmentbank Goldman Sachs, einer der 4 größten Bankinstitute der Welt, auf die Idee, eine Spekulationsform für Nahrungsmittel zu entwickeln. Sie legte einen Rohstoff-Indexfonds auf, in dem die Anleger auf die Preisentwicklung so alltäglicher Güter wie Rind- oder Schweinefleisch, Weizen und Mais, Kaffee oder auch Kakao spekulieren konnten. Der Fonds lief gut. Andere Banken folgten dem Beispiel von

Goldman Sachs. Der Handel mit Optionsscheinen auf Agrarrohstoffe florierte und heizte damit die Preissteigerungen für Nahrungsmittel noch an. Die Spekulation auf Agrartreibstoffe (z.B. Rapsöl, Palmöl) trug noch das ihre dazu bei.

Die gravierenden Folgen für die Rohstoffbörsen: War bis dato der Preis der Spekulation immer noch in einer Relation zum realen Weizenpreis, d.h. auch zum real vorhandenen Weizen, änderte sich dies drastisch 2008.

2003 waren in solche Fonds erst ca. 10\$ Milliarden investiert, 2008 jedoch, nach dem Wirtschaftscrash, stiegen die in die Fonds investierten Summen auf über 300 Milliarden Dollar. Doch die erwähnten Index-Fonds handelten nicht mit der Ware selbst, sie investierten zwar auch in die entsprechenden realen Weizengeschäfte, aber meist nur etwa fünf Prozent der Kundeneinlagen. 95 % der Geschäfte waren u. sind sog. „future“ Kontrakte, das sind Versprechen, in Zukunft Weizen zu kaufen. Diese haben eine kurze Laufzeit u. werden immer wieder ausgetauscht, ohne dass die Kaufversprechen je erfüllt werden. Und die großen Banken wie Goldman Sachs, J P Morgan, AIG, Deutsche Bank boten auch immer Fonds an, die immer nur Weizen Kontrakte kauften, verkauft wurde dort nicht. Dieses Spekulationssystem schuf eine künstliche Nachfrage.

Das hatte zur Folge, dass die Nachfrage nach den Weizen-Zertifikaten höher war als nach dem Weizen selbst. Contango nennen die Fachleute eine solche Situation, in der die traditionellen Warentermin-Regeln auf den Kopf gestellt werden. Die Folge davon ist unausweichlich ein Anstieg der echten Weizenpreise. An der Warenterminbörse in Chicago stiegen die Preise für Winter-Weichweizen von 2006 auf 2008 um 367 Prozent, von etwa 95 Dollar pro Tonne auf

347 Dollar. Dies verlagerte die Nachfrage auf den eigentlich teureren, weil proteinhaltigeren, Frühjahrs-Hartweizen, der ausschließlich in Minneapolis gehandelt wird. Und das trieb den Hartweizen-Weltmarktpreis, und durch dessen grundlegende Bedeutung auch die Lebensmittelpreise an sich, in die Höhe. Um 80 Prozent stiegen die weltweiten Ernährungskosten zwischen 2005 und 2008 an.

Die Blase platzte, weil sich, nach anfänglichen Missernten in Australien und Europa, bedingt durch schlechtes Wetter, die Ernte des Jahres 2008, insgesamt als die ertragreichste Weizenernte aller Zeiten entpuppte. Die Preise purzelten, allerdings nicht schnell genug für die, die bereits hungerten. Allein in Los Angeles wurde die Zahl derer, die sich nicht genug zu essen leisten konnten, auf eine Million beziffert; im krisengeschüttelten Detroit standen angeblich bewaffnete Wachposten vor Supermärkten. Letztlich wurden fast ein Viertel des US-Weizenüberschusses an Rinder verfüttert, die verbleibenden rund 20 Millionen Tonnen wurden als Reserve für die nächste Saison eingelagert. Doch die Spekulanten hatten ihre Profite gemacht, denn essen muss letztlich jeder.

Die großen Banken, die Hedgefondsmanager, die Vertreter des Finanzkapitals preisen Investitionen in

den Agrarstoffmarkt sie weiter als die profitabelsten und zukunftssträchtesten Investitionen an.

„Dort geht der Dollar (und der Euro) hin, das ist unvermeidlich.“, sagt ein Fondsmanager!

„Alle 5 Sekunden verhungert ein Kind unter zehn Jahren. 37.000 Menschen sterben an Hunger jeden Tag. Über 1 Milliarde Menschen sind permanent schwerstens unterernährt. Diese Zahlen stammen aus dem World Food Report der FAO. Im selben Report wird ausgeführt, dass die Weltlandwirtschaft in der heutigen Phase der Entwicklung der Produktionskräfte problemlos normal (2700 Kalorien pro Erwachsenen und Tag) 12 Milliarden Menschen ernähren könnte - das Doppelte der gegenwärtigen Weltbevölkerung. Fazit: für das tägliche Massaker des Hungers gibt es keine Fatalität. Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet. (Jean Ziegler, UNO Menschenrechtsrat, 11.8.2010)

Einige wenige Nahrungsmittelkonzerne kontrollieren weltweit Landwirtschaft und Nahrungsgütererzeugung und machen dort Milliarden Profite. Die Spekulationen des Finanzkapitals verschlimmern nun die Lage der Menschen auf diesem Sektor noch wesentlich. Es ist ein tödliches System, das wir nicht mehr hinnehmen dürfen. (Quelle: Frederick Kaufman in Harpers Magazine)

Atomkredite:

Bank Austria musste klein beigeben

Banken, so weiß mittlerweile jedes Kind, setzen auf alles, was Geld zu bringen verspricht. So auch auf die staatlich hochsubventionierte – tödliche – Atomenergie.

Meistens geschieht dies durch Kredite und Kreditgarantien und vor allem heimlich. 2008 wurde bekannt, dass die Erste Bank, die sich sonst so gerne ein ökologisches und soziales Mäntelchen umzuhängen versucht (z.B. mit der „Zweite Bank“ - ein Konto für Arme, doch die Reichen bleiben reich und werden es noch mehr), Kredite für den Ausbau des AKW Mochovce vergeben will. Der öffentliche von Umweltorganisationen und

Atomgegnern organisierte Protest erreichte, dass die Erste Bank zurückstecken musste.

Zwei Jahre später, probierte die UniCredit/BankAustria Ähnliches. Im April sickerte durch, dass das slowenisch-kroatische AKW Krsko, ein veralterter US-Reaktor von Westinghouse und auf einer Erdbebenlinie liegend, bei der Bank Austria einen Atomkredit beantragt hatte. Proteste

von Atomgegnern wie Antiatom-Szene, Resistance for Peace, Netzwerk Atombank Nein Danke, slowenische und italienische AKW-Gegner konfrontierten die Bank damit. Da die Bank offensichtlich ähnliche Proteste wie 2008 bei der Erste Bank und vor allem einen weiteren Imageschaden nach der

Bankenkrise befürchtete, kam der Krsko-Atomkredit nicht zustande. Wachsamkeit und selbständiger Widerstand von unten lohnen sich und führen zu Erfolgen – auch gegen die übermächtig erscheinende Atomlobby und ihre Handlanger in Wirtschaft, Bankenapparat und Politik.

Deutschland

Erpresserische Atomlobby

Seit dem Regierungsantritt der schwarz-gelben Koalition wurde daran gebastelt, der Atomlobby die Atomprofite zu retten.

Die Atomlobby behauptet, dass die Atomkraft in Zeiten des Klimawandels unverzichtbar sei und weltweit boome. Doch das Gegenteil ist der Fall. Es werden mehr AKW stillgelegt als neue gebaut. An einer Verlängerung der Laufzeiten verdienen vor allem die Atomkonzerne: pro AKW und Tag eine Million Euro! Billigen Atomstrom wird es dadurch jedenfalls nicht geben, abgesehen von Atomunfall-Gefahr und Atommüll-Problematik (www.umweltinstitut.org/atom-luegen).

Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung ist gegen AKW-Betrieb und AKW-Ausbau. Deswegen hatte auch schon die rot-grüne Regierung Ende der 1990er Jahre den „Atomausstieg“ beschlossen. Der Atomlobby war das natürlich nie recht. Da auch die schwarz-gelbe Regierung etwas zögerte die Wünsche der Atommafia gleich nach den Wahlen zu vollziehen, ließen die Politiker ein Jahr verstreichen. Selbst der zaghafte Versuch der Regierung der Atomlobby einen „Kompromiss“ derart abzurufen, dass man deren staatlich subventionierte Atomprofite via Steuerzahler durch eine Laufzeitverlängerung der 30 und mehr Jahre alten AKW absichere, dafür aber im Gegenzug von den Atomkonzernen eine „Brennelementesteuer“ kassieren wolle, beantwortete diese mit einer Flucht nach vorne, die den Energienotstand an die Wand malte. Die Atomlobby, vertreten durch E.on, RWE, Vattenfall und EnBW,

spielte auf Weltuntergang und drohte im Falle einer Brennelementesteuer (die AKW-Laufzeitverlängerung stellte sie erst gar nicht in Frage) mit einem Sofortausstieg aus der Atomenergie, weil Weiterbetrieb sich nicht lohne. Was sie nicht dazu sagt: für ihre Profite.

Mittlerweile hat die Regierung bis hinauf zu Kanzlerin Merkel dem Druck der Atomkonzerne nachgegeben. Dabei wäre es so leicht gewesen: Die Drohung der Atomlobby hätte sich nach neuesten deutschen Studien in Luft aufgelöst: Wie ORF-Radio am 28.8.10 berichtete, würde der Sofortausstieg in Deutschland keine nachhaltigen Folgen für die Stromversorgung haben. Damit dies nicht allzu publik wird, gab man der Atomlobby schnell nach.

Selbst der offizielle deutsche nationale Aktionsplan für erneuerbare Energie sagt, dass bis 2020 ein Anteil von 38,6% erneuerbare Energie erreichbar ist. Der deutsche Bundesverband Erneuerbare Energien kommt für 2020 sogar auf einen Wert von 47%.

Aber selbst die „Kompromiss-Vorschläge“ der Atomlobby sind eine gefährliche Drohung. Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) bezeichnet den Vorschlag der Stromkonzerne, bei verlängerten AKW-Laufzeiten und dem Verzicht auf die Brennelementesteuer im Gegenzug einen Fonds von 30 Milliarden Euro einzurichten

als „gefährlichen Kuhhandel mit Atomstrom zu Lasten der Bevölkerung. Ein einziges zusätzliches Betriebsjahr bei nur einem AKW vergrößere den Atommüllberg um 400 Tonnen radioaktiven Abfall. Anstatt den Energieversorgern Zusatzgewinne aus längeren AKW-Laufzeiten zuzuschancen und sich dafür mit schmutzigem Geld abspeisen zu lassen, sollte die Bundesregierung alle Atomkraftwerke stilllegen“, so der BUND.

Klimalüge der Atomlobby

Auch die Behauptung, Atomstrom sei CO₂-frei entpuppt sich als Lüge: Wie viel des schädlichen Treibhausgases im Atomstrom tatsächlich enthalten ist, kann nur abgeschätzt werden, da weder für

den Rückbau noch für die Lagerung des Atommülls Erfahrungen bestehen. Die Werte liegen bei beachtlichen 3 bis 230 g CO₂ je kWh. Für eine saubere Berechnung der CO₂-Belastung von Atomstrom muss die ganze Produktionskette berücksichtigt werden. Dazu gehört die Förderung der Rohstoffe, der Transport, Bau, Rückbau und Unterhalt eines Atomkraftwerks sowie die Verteilung des Stroms. Die Schweizerische Energie-Stiftung stützt sich deshalb auf einen Wert von ca. 100 g/kWh Atomstrom. Eines ist klar: Die Emissionen pro Kilowattstunde werden künftig zunehmen, denn der Uran-Abbau wird immer energieintensiver werden. Mehr dazu:

www.energiestiftung.ch/aktuell/archive/2010/02/17/der-co2-gehalt-von-atomstrom.htm

Zweierlei Maß

Gibt es gute und böse Atombomben?

Was die AtomgegnerInnen immer sagten, rückt auch in der Öffentlichkeit immer mehr ins Bewusstsein – auch und gerade weil die Atomindustrie dies bestreitet: AKW und Atombomben sind siamesische Zwillinge. Die AKW-Nutzung kommt aus der Atombombenindustrie und die AKW-Nutzung kann zur Atombombenutzung führen.

Was in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Iran und seinem Atomprogramm dauernd in den Medien ist, dass ein AKW-Programm zur Atombombenproduktion führen kann, gilt auch für alle anderen Atombomben- und AKW-Staaten. Was den USA am Iran-Atomprogramm nicht gefällt ist, dass es die Russen weiter bauten – nachdem die USA nach dem Sturz des Schah 1979 nicht mehr die Atompaten des Iran waren.

Völlig verschwiegen wird, dass die

großen Atomkräfte sich noch nie um den Atomsperrvertrag kümmerten. Und Staaten wie Indien, Pakistan oder Israel von USA-Gnaden bis heute nicht dem Atomsperrvertrag beigetreten sind. Auf diesen Umstand machte jüngst der Chef der IAEA in Israel, Yukiyo Amano, aufmerksam, der nun eine UNO-Resolution anstrebt, die auch diese Staaten den Atomsperrvertrag und den Kontrollen der IAEA unterwerfen soll. Israel, so Amano, habe im Nahen Osten als einziges Land ein wirkliches Atomarsenal. Die geheimen Atomanlagen liegen in der Nähe von Dimona in der Negev-Wüste. (Quelle: actu3@sortirdunucleaire.fr + Channel 10 TV, Israel).

Es gibt keine guten oder bösen Atomwaffen, sondern nur eine Lösung: Stilllegung aller AKW und Vernichtung aller Atomwaffen.

EINLADUNG

zur Diskussionsveranstaltung (bitte vormerken):

Atomlüge und Klimawandel

Der Klimawandel findet statt. Doch nicht in Wirtschaft und Politik. Dort wird der Atomlobby mit ihrer Öko-Lüge – AKW seien ein Beitrag zum Klimaschutz – willig nachgegeben: durch AKW-Neubau, durch Laufzeitverlängerung schrottreifer AKW in Ost und West, durch weitere Steuergeschenke und Subventionen für AKW und die Atomlobby, für Euratom und IAEA.

Ein anderer Weg ist möglich und gangbar. Darüber wollen wir reden, unsere Meinungen austauschen und zu gemeinsamen Handeln kommen. Beteiligen Sie sich, kommen Sie!

Impulsreferate:

Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr. Reinhard Haas, TU Wien (angefragt)

Dr. Wilfried Leisch, Publizist, Energieberater

Univ.Prof. DI Ing.Dr. August Raggam/TU Graz

Univ.Doiz.Dr. Peter Weihs/Uni Boku Wien

Nach den Impulsreferaten Publikumsdiskussion

Zeit: **Mittwoch, 3. November 2010, 19.00 Uhr**

Ort: **Afro-Asiatisches Institut, Türkenstraße 3, 1090 Wien**

Veranstalter:

Arge Ja zur Umwelt, Nein zur Atomenergie; GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg; Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit; Österreichischer Naturschutzbund/Landesgruppe NÖ; Eurosolar Austria.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Leser und Freunde!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden, die wir im Sinne unserer gemeinsamen Sache benötigen: Auftreten gegen Wirtschaftskrise, Krieg und Militarisierung, Atomrüstung, AKW-Bau und Klimawandel. Nur gemeinsam können wir für eine bessere Zukunft arbeiten.

Mit kollegialen Grüßen, "GewerkschafterInnen gegen Atomenergie und Krieg"

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Druck und Redaktion: Gewerkschafter gegen Atomenergie, Stiftgasse 8, 1070 Wien. P.b.b. **Verlagspostamt 1070 Wien, Erscheinungsort Wien.** DVR: 0649228; „Sponsoringpost“ **GZ02Z030950 S** – ZVR 100322133

Spendenkonto bei der PSK 73.055.305 – Bankleitzahl 60.000 - Bei Einzahlungen mit Erlagschein/Überweisungen bitte wie folgt ausfüllen: Unter Kontonummer EmpfängerIn: 73 055 305, unter EmpfängerIn: PSK, W. Leisch, und unter Verwendungszweck: Gew. gg. Atomenergie.

Kontaktadresse: Stiftgasse 8, 1070 Wien. E-mail: ggae@gmx.at Homepage: www.atomgegner.at

